
Analyse "feindlicher Diskussionen" zum Ungarnaufstand im Kreis Torgau

Nach den Ereignissen in Ungarn zeigten sich viele DDR-Bürger solidarisch mit den Aufständischen.

Am 23. Oktober 1956 forderten Studenten der Budapester Universitäten auf einer Großdemonstration bürgerliche Freiheitsrechte, ein parlamentarisches Regierungssystem und nationale Unabhängigkeit. Sie bekundeten damit ihre Sympathie für einen Arbeiteraufstand in Polen drei Monate zuvor. Zudem verlangten die Demonstranten die Rückkehr von Imre Nagy als Ministerpräsident. Er hatte das Land von 1953 bis 1955 regiert und dabei einige Reformen angestoßen.

Dieser Volksaufstand in Ungarn vom Herbst 1956 löste beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Unruhe aus. Die Erinnerungen an den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 waren noch frisch und die ostdeutsche Geheimpolizei wollte um jeden Preis verhindern, dass die explosive Stimmung auf das eigene Land übersprang. Die SED-Parteizeitung "Neues Deutschland" sprach schon am 25. Oktober von einem "Putsch konterrevolutionärer Elemente". Die DDR-Führung versuchte die Bevölkerung durch sozialpolitisches Entgegenkommen zu beruhigen und das MfS wollte die Bürger durch Abschreckung disziplinieren.

Gegen Solidaritätsbekundungen für den Aufstand in Ungarn ging die Stasi sofort vor, auch kleinste Vorkommnisse wurden genauestens dokumentiert. Im Kreis Torgau stellte die Geheimpolizei eine Liste mit Informationen zu Personen zusammen, die sich an "feindlichen Diskussionen" beteiligt hatten. Feindlich war es in den Augen der SED-Diktatur schon, sich kritisch zur Niederschlagung des Aufstands in Ungarn zu äußern oder Sympathie für die Beweggründe der Aufständischen auszudrücken.

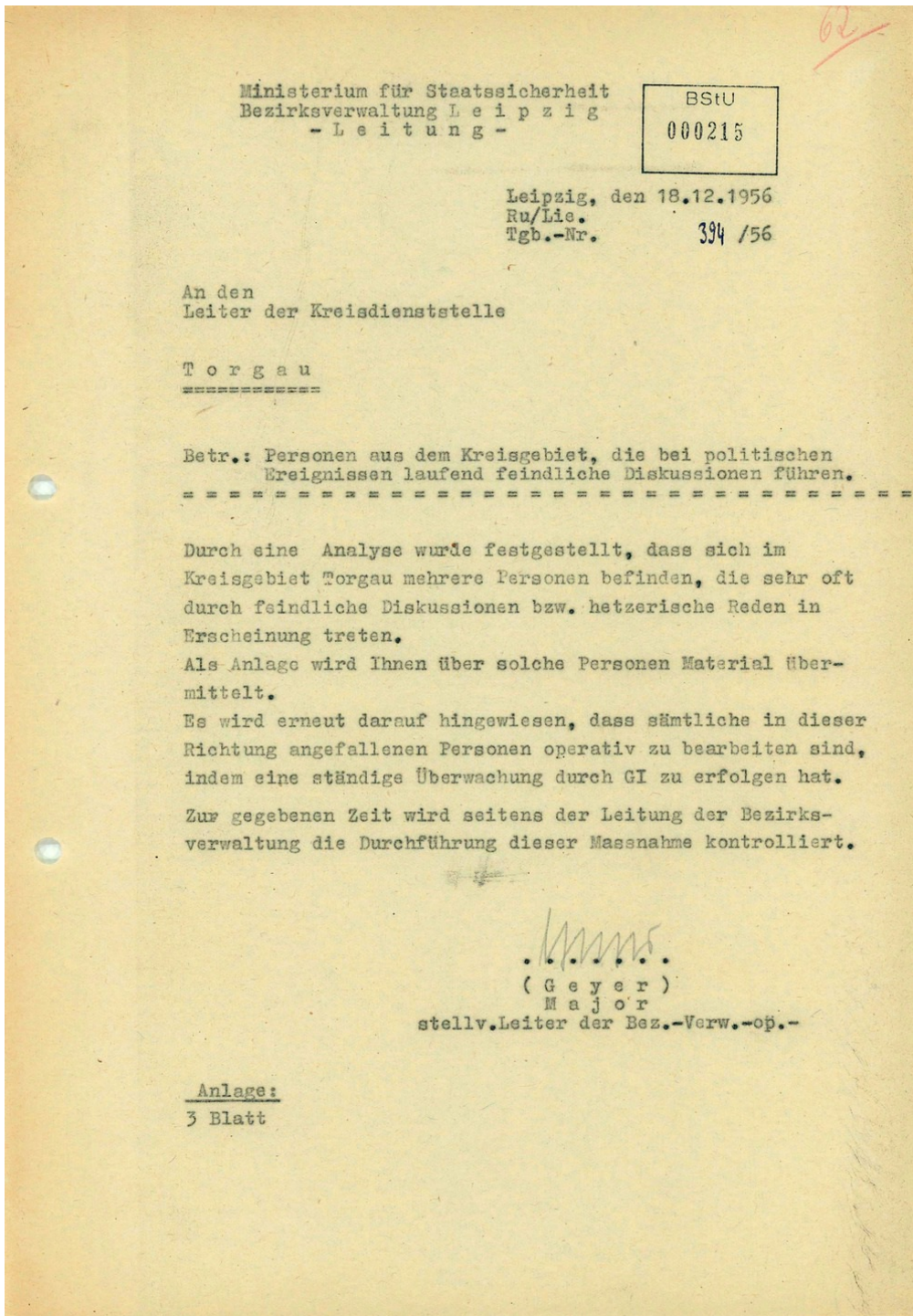
Signatur: BStU, MfS, BV Leipzig, Leiter, Nr. 122, Bl. 215

Metadaten

Dienst Einheit: Bezirksverwaltung
Leipzig, Leiter
Rechte: BStU

Urheber: MfS
Datum: 18. Dezember 1956
Überlieferungsform: Dokument

Analyse "feindlicher Diskussionen" zum Ungarnaufstand im Kreis Torgau



Signatur: BStU, MfS, BV Leipzig, Leiter, Nr. 122, Bl. 215

Blatt 215